

Wahlprüfsteine 2025 für die Kommunalwahl am 14.09.2025/Zur Frauenpolitik in Bielefeld

Vorbemerkung:

Als Frau und Personalrechtlerin fordere ich selbstredend Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, denn wie Sie selbst schreiben, ist dies verfassungsrechtlich verankert, und das ist gut so. Männer und Frauen haben die gleichen Rechte, und der Staat hat den Auftrag, auf die tatsächliche Gleichberechtigung hinzuwirken und Nachteile abzubauen. Mir als Frau ist dies wichtig, allerdings lehne ich persönlich feste Quoten ab. Im Beruf sollte m.E. der Leistungsgedanke immer mitentscheidend sein und nicht allein die Quote. Zudem ist jeder Bevorzugung auch eine Benachteiligung immanent, die gut begründet sein sollte. Allerdings sehe ich schon, dass das Fehlen von Frauen in führenden politischen Posten und Entscheidungsfunktionen dazu führt, dass Themen, die Familien, Frauen und v. a. Kinder betreffen, wenig Aufmerksamkeit erfahren. Ich persönlich trete daher vehement dafür ein, die ungleichen Voraussetzungen zu verändern, d. h. alle Kindern müssen unabhängig von ihrem Elternhaus die gleichen Bildungschancen haben, und Frauen sollten die Wahl haben, Karriere zu machen, indem eine gute und verlässliche Betreuung der Kinder oder zu pflegender Eltern gewährleistet ist. Zudem trete ich dafür ein, dass Führung im Job und auch bei politischen Ämtern in Teilzeit gesellschaftlich akzeptiert wird und dass Frauen in Führungspositionen selbstverständlich sind wie Männer. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, müssen wir Ungleichheit aber auch als selbstbestimmte Entscheidung respektieren, d. h., wenn Frauen freiwillig nicht oder in Teilzeit arbeiten oder nicht Karriere machen oder politisch aktiv sein wollen, sollten wir dies als Ergebnis einer freien Entscheidung akzeptieren.

1. Parität in der Kommunalwahl

Ich finde es extrem wichtig, dass mehr Mütter auch in der politischen Landschaft sichtbar werden und auch als Vorbilder für andere dienen können. Daher unterstütze ich Ihre Forderung danach, Kommunalpolitik für Frauen attraktiver zu machen, allerdings unter den im Vorwort gemachten Prämissen. Politisch aktive Frauen/Mütter sollten bei Interesse immer mitgedacht werden, wenn es um die Besetzung von Posten geht, aber sie müssen dafür auch die notwendigen Fähigkeiten mitbringen. Bei uns, den Lobbyisten für Kinder in NRW, sind überwiegend Frauen im Vorstand vertreten, und gegründet wurde der Landesverband im Frühjahr 21 überwiegend von Müttern, die sich mit den Coronamaßnahmen und den Folgen für Kinder und Familien, insbesondere auch mit den Konsequenzen für Mütter nicht abfinden wollten. Wir unterstützen daher die Forderung, dass qualifizierte Frauen bei der Besetzung von Ausschüssen, deren Vorsitz, bei Aufsichtsratsposten und sonstigen Wahlämtern besser berücksichtigt und repräsentiert werden, wenn sie es wünschen. Zum anderen ist es wichtig, die richtigen

Voraussetzungen zu schaffen, um eine bessere Vereinbarkeit von Mandat und Familie zu erreichen. Neben der Wiedereinführung eines hybriden Formats für Rats- und Ausschusssitzungen können Konzepte wie Ämterteilung bzw. Jobsharing auch im politischen Bereich interessante Möglichkeiten sein.

Wir als LfK fordern eine bessere politische und gesellschaftliche Berücksichtigung der Belange von Familien, Kindern und Jugendlichen und treten dafür ein, diese Belange bei allen Maßnahmen in der Stadt zu berücksichtigen. Da Frauen ein, wenn nicht gar der zentrale, Teil des Kosmos Familie sind, bedeutet diese Forderung auch stets die Gleichstellungsperspektive, insbesondere von Müttern, mitzudenken und reale Nachteile abzubauen. Insofern begrüßen wir die Berücksichtigung von strategischen Zielvorgaben und Zielerreichungen in Bezug auf Kinder und Familien und damit auch Frauen, im Rahmen von wirkungsorientierten Haushaltsplänen. Die Benennung von Straßen und Plätzen, die neu geschaffen werden, nach Frauenpersönlichkeiten unterstützen wir.

2. Vereinbarkeit von Beruf, Familie und freiwilligem, ehrenamtlichen Engagement

Die von Ihnen aufgestellten Forderungen gehören zu unseren Kernforderungen. Wir Lobbyisten für Kinder fordern eine stabile, verlässliche, aber auch hochwertige Betreuung der Kinder, orientiert an den Bedürfnissen der Familien. Für den Bereich der OGS machen wir uns schon lange für eine Flexibilisierung stark, die es Eltern ermöglicht, Kinder nur an den Tagen betreuen zu lassen, an denen es erforderlich ist. Bei Kitakindern sind wir grds. ebenfalls für mehr Flexibilität, die aber sorgsamer geplant sein muss, da gerade die Jüngsten feste Strukturen, d. h. dieselben Spielpartner und Bezugserzieher benötigen. Hier wünschen wir uns innovative Konzepte, die wir mit den Kitas entwickeln wollen, allerdings ohne den Personalschlüssel weiter nach unten anzupassen. Hierzu gehört auch die Zubereitung von frischem und gesundem Essen möglichst vor Ort, Wertschätzung von Lebensmitteln und die gemeinsame Mahlzeit mit pädagogischem Personal. Zuletzt fordern wir auch mehr Zusammenarbeit mit Vereinen und mehr kulturelle Bildung, aber vor allem auch mehr sportliche Aktivitäten und Naturerfahrungen in Kita und Schule. Kurz gesagt stehen wir für eine gesunde und ganzheitliche Entwicklung von Kindern ein.

Den weiteren Forderungen in Zusammenhang mit einer politischen Aktivität schließen wir uns an. Eine Kinderbetreuung vor Ort für Notfälle sollte ebenso selbstverständlich sein wie die Kostenübernahme einer externen Betreuung.

Eine offensivere und bessere Anerkennungskultur für freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit, die übrigens sehr oft weiblich ist, gehört ebenfalls zu unserem Forderungskatalog. Die geplante Ehrenamtskarte ist hierbei ein erster wichtiger Schritt. Darüber hinaus wünschen wir uns für Menschen, die Anspruch auf die Ehrenamtskarte haben, wahlweise ein kostenloses ÖPNV-Ticket für Bielefeld oder eine Unterstützung beim D-Ticket.

3. Stadtentwicklung, Stadtplanung, Infrastruktur und Wohnen

Mobilität: Wir fordern eine familiengerechte Verkehrsplanung und Infrastruktur, denn die unterschiedlichen Anforderungen an die Mobilität sind nicht originär auf das Geschlecht zurückzuführen, sondern auf das familiäre Setting. Wichtig ist uns hierbei vor allem, dass Kinder und Jugendliche sicher und selbständig am Verkehr teilnehmen können und den ÖPNV kostenlos nutzen können, sodass sich elterliche „Bringverkehre“ reduzieren. Ihre Forderung nach Mobilitätskonzepten, die die Belange von Familien und Frauen (Nachttaxi etc.) berücksichtigen, ist in unserem Wahlprogramm verankert. Hierzu gehören bspw. auch ausreichend innerstädtische Eltern-Kind-Parkplätze.

Stadtplanung: Im Rahmen der Stadtplanung fordern wir als Partei ebenso eine ressourcenschonende und nachhaltige Stadtentwicklung, die in besonderem Maße die Belange von Familien, inkl. Großeltern, berücksichtigt und die Aufenthaltsqualität für diese Gruppe besonders im Blick hat. Wir fordern daher mehr Bereiche, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten können, bspw. mehr Spiel- und Sportflächen sowie Grünflächen zur Erholung. Städtische Outdoor-Sportanlagen müssen nach der Vereins- oder Schulnutzung auch Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Daneben fordern wir im Umfeld von Spielplätzen und Sportflächen, aber auch im städtischen Bereich, mehr kostenlose öffentliche Toiletten und Wickelräume. Überdies brauchen wir mehr Angebote für Jugendliche, bspw. Jugendtreffs etc., aber auch vielfältige Einrichtungen für Austausch, Kultur und Begegnung für Senioren.

Bei der Stadtplanung, aber auch im Rahmen von Sicherheitskonzepten sind die besonderen Sicherheitsbelange von Mädchen und Frauen sowie Senioren, aber auch von allen Kindern und Jugendlichen in besonderem Maße zu berücksichtigen und durch geeignete Maßnahmen abzusichern. Ein Problem ist u.a., dass Frauen bzw. Mütter mit ihren Kindern sich an bestimmten Orten nicht wohl fühlen und diese deshalb meiden, in Bielefeld bspw. der Kesselbrink. Auch Jugendliche, die sich selbständig in der Stadt bewegen, müssen dies sicher tun können. Dazu muss verstärkt die Jugendkriminalität bekämpft werden. Neben der bereits bestehenden SoKo-Innenstadt kann partiell an eine Videoüberwachung an besonders neuralgischen Punkten gedacht werden, aber auch Projekte an Schulen, die von der Polizei und Sozialpädagogen durchgeführt werden und sich speziell an Jugendliche wenden, sind ein wichtiger Baustein.

Wohnen: Wir fordern mehr familiengerechten und bezahlbaren Wohnraum unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Generationen. Dies bedeutet, dass die Bedürfnisse und Anforderungen verschiedener Altersgruppen in einer Gemeinschaft oder einem Wohngebiet zu berücksichtigen sind. Dieser Ansatz fördert die soziale Integration und das Wohlbefinden von Menschen jeden Alters. Unser Ziel ist es, diese Konzepte durch Nachverdichtung, aber

auch durch neue Wohngebiete am Stadtrand und auf ungenutzten städtischen Flächen umzusetzen und die Zusammenarbeit zwischen Stadtplanern, Architekten, Investoren, Sozialarbeitern, Politikern und der Gemeinschaft zu verbessern. Allerdings stellt sich für uns die Frage, ob die beschlossene Baulandstrategie hierfür ein geeignetes Mittel ist, denn Eigentümer bekommen nur den Bodenrichtwert von der Stadt bezahlt und haben daher oft kein Interesse, ihre Grundstücke zu veräußern. Dies gilt auch für die Mietpreisbremse, die zu Umgehungsaktivitäten führt, die Wohnraum eher verknappen und verteuern. Wir setzen stattdessen auf eine verstärkte Zusammenarbeit der Stadt mit den örtlichen Genossenschaften und regionalen Investoren, mit denen man geeignete Projekte entwickelt und die bei Berücksichtigung der o.g. Belange besonders gefördert werden. Ein weiterer zentraler Gedanke ist, Anreize für die Schaffung von firmensubventioniertem Wohnraum für Familien und Auszubildende zu entwickeln.

Miteinander: Wir unterstützen ihren Vorschlag nach mehr Miteinander. Auch dies ist ein zentraler Gedanke unseres Wahlprogramms. Wir brauchen mehr Austausch, weniger Gegeneinander und ein Mehr an analogen Begegnungen. Ob dieses soziale Miteinander in öffentlichen Stadtteilbibliotheken oder an anderen Orten der Begegnung, wie Bürgerzentren, Vereinsstätten o.ä. stattfindet, spielt eher eine untergeordnete Rolle. Wichtig ist aber, solche Entwicklungen im Rahmen der aktuellen Möglichkeiten zu fördern, wobei uns wichtig ist, dass auf Pluralität geachtet wird.

4. Wirtschaft und Erwerbstätigkeit

Hierzu ist eigentlich unter 2. alles gesagt. Wir müssen Nachteile, die insbesondere Eltern von Erwerbstätigkeit und Gründung abhalten, beseitigen und ihnen die Möglichkeit bieten, selbstbestimmt zu entscheiden, ob, wie und was sie arbeiten wollen. Hierzu müssen Städte, Länder und der Bund die Voraussetzungen schaffen, dass insbesondere Frauen sich nicht zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen und Eltern auch für Arbeitgeber attraktive Arbeitnehmer sind. Bielefeld muss zudem für Gründer attraktiver sein und diese gezielt fördern, bspw. mit einem Gründerpreis. Dass es hierfür getrennter Anlaufstellen für Frauen und Männer bedarf, bezweifeln wir indes. Wir sollten schlichtweg die verschiedenen Lebenssituationen hinreichend berücksichtigen und für alle Angebote machen.

5. Gewalt und Sexismus

Gerade durch die Maßnahmen der Coronazeit sind die Zahlen im Bereich häuslicher Gewalt nach oben geschneilt und ein Zurück ist nicht absehbar. Dieser Trend wird durch zunehmende digitale Gewalt gegenüber Kindern und Frauen weiter nach oben getrieben. Wir müssen hier genauer hinschauen. Daher fordern wir mehr Zivilcourage, Konzepte in Schulen gegen Gewalt und mehr Fortbildungen für Lehrer und Erzieher, damit diese Gewalt besser erkennen und Hilfe leisten können.

In diesem Zusammenhang fordern wir zudem den Ausbau und die Förderung bestehender Gemeinschaftseinrichtungen in den Stadtteilen, zum Beispiel Jugendzentren, aber auch sogenannte Bürgerhäuser, in denen man Frauen-Cafés, Jugendangebote und Sportaktivitäten verstärkt anbieten sollte. Wichtig ist das Vorhandensein von Sozialarbeitern und ggf. Integrationshelfern, die dauerhaft vor Ort sind, Vertrauen aufbauen und für alle Anliegen als erster Ansprechpartner / Vermittler agieren. So kann man barrierearm und wohnortnah Raum und Gelegenheiten schaffen zu Gesprächen, Austausch und niedrigschwelligen Hilfsangeboten für Betroffene. Hier muss unseres Erachtens nach viel mehr Geld und Personal investiert werden. Daher unterstützen wir die weiteren Forderungen nach Ausweitung der Angebote für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder ausdrücklich.

Um Mädchen mehr Bildungsperspektiven zu geben und Integration zu erleichtern, befürworten wir die Forderung nach einem Kopftuchverbot in öffentlichen Einrichtungen. Es gibt zahlreiche Studien aus Frankreich, die die Wirksamkeit dieser Maßnahme belegen, die in einem säkulären Staat selbstverständlich sein sollten ohne Weiteres umsetzbar sind.

Sicher ist ein Ausbau von Täterberatungsstellen richtig. Gleichwohl finden wir es wichtiger, den Opferschutz, gerade im Bereich der Jugendkriminalität, auszubauen (s.o.). Dies ist ein Thema, das mich seit Jahren beschäftigt, nachdem eines meiner Kinder Opfer eines Raubs geworden ist. Oft werden Taten aus Scham nicht angezeigt, „weil keiner als Opfer dastehen will“. Das spielt den Tätern in die Karten. Da ist ein anderes Bewusstsein dringend notwendig. Daher möchte ich ein entsprechendes Präventionsprojekt im Jahrgang acht oder neun an Schulen einführen, dass von Polizei und Sozialpädagogen durchgeführt wird. Der Ausbau von solchen Projekten führt m.E. – ebenso wie mehr Zivilcourage – zu weniger Jugendkriminalität.